

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Abonnementpreise: Das Jahrgeld...
Hauptredaktion: Leipzig 1921...
Telefon: 121. Telegramm: Frankenberg-Bl.

Anzeigenpreis: Die 25 mm breite...
Bilder: 10 mm hoch...
Kontaktperson: Herr...
Telefon: ...

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Fldha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg, sowie sonstiger Staats- und Gemeindebehörden für den Amtsbezirk Frankenberg.
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Rohberg sen. in Frankenberg i. Sa. Druck und Verlag von C. G. Rohberg, Frankenberg i. Sa.

N: 91 Mittwoch den 20 April 1921 nachmittags 80. Jahrgang

Nährmittel-Verteilung

- I. In den Geschäften und Konsumvereinsverkaufsstellen, bei denen die Voranmeldungen zum Warenbezug bewirkt worden sind, gelangt zur Verteilung:
in den Wochen vom 17.—23. April, vom 24.—30. April, vom 1.—7. Mai und vom 8.—14. Mai ds. Js. auf die roten und blauen Nährmittelfkarten des Kommunalverbandes je 1/2 Pfund Getreid bis zu einem Preis von 1.00 Mk. für das Pfund gegen Abgabe je eines Kartensfeldes, mit Feld Nr. 20 beginnend.
- II. Mit dem Verkauf der Waren kann am Donnerstag jeder Woche, soweit sie bis dahin bei den Verkaufsstellen eingegangen sind, begonnen werden.
- III. Die Warenausgabestellen haben die belieferten Kartensfelder gezählt und gebündelt bis Mitte der auf die Belieferungswoche folgenden Woche an die Gemeindebehörden abzugeben.
- IV. Die Vorbelieferung von Waren mit Waren ist verboten und wird mit Entziehung der weiteren Warenzulassung geahndet.
Fldha, am 18. April 1921.

Der Kommunalverband
der Amtshauptmannschaft Fldha.

Ausgabe von Bezugskarten für Brennstoffe

(gültig ab 1. Mai) findet, wie folgt, in der Ortskohlenstelle (Kirchgasse Nr. 8) statt:

Tag	Zeit	Bezirk
Donnerstag	den 21. April vormittags 8—1 Uhr	1. Bezirk
Freitag	" 22. " "	8—1 " 2. "
Montag	" 25. " "	8—1 " 3. "
Dienstag	" 26. " "	8—1 " 4. "

Die Haushaltsliste ist vorzulegen. Die Ausgabenlisten für die einzelnen Bezirke sind einzuhalten. Nach Empfang der Karte ist die Anmeldung beim liefernden Kohlenhändler spätestens bis zum 28. April 1921 vorzunehmen.

Die Kohlenhändler haben die angemeldeten Kunden in die Kundenliste einzutragen und die abgestempelten Anmeldeabschnitte abgezählt und gebündelt, sowie die Kundenlisten in zweifacher Anfertigung bis 9. Mai 1921 an die Ortskohlenstelle einzureichen, woselbst vorgedruckte Kundenlisten zum Selbstkostenpreis entnommen werden können.

Die neue Bezugskarte kann zum Zwecke der Sammellieferung gegen Bezugskarte in der Ortskohlenstelle umgetauscht werden.

Gewerbetreibende haben Heizstoffanforderungen einzeln oder gesammelt durch ihre Vertretungen oder Vereinigungen unter Beantwortung nachstehender Fragen schriftlich bei der Ortskohlenstelle einzureichen:

1. Wieviel Räume sind im Winter unbedingt zu heizen?
2. Wieviel Kubikmeter Rauminhalt haben diese Räume?
3. Art des Gewerbes; in welchem Grundriss wird es betrieben?
4. Welche Menge wird jährlich gebraucht:
a) als Betriebslohle?
b) zum Heizen der gewerblichen Räume? Kohlen oder Briketts.

Ein Anspruch auf volle Belieferung des festgelegten Kontingents besteht nicht.
Frankenberg, den 19. April 1921. Der Stadtrat.

Von der unterzeichneten Behörde ist der bisherige Polizeioberwachmeister
Moriz Beyer
als Polizei-Inspektor gewählt und in Pflicht genommen worden.
Stadtrat Frankenberg, am 19. April 1921.

Vermittlung oder direktes Angebot?

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Es ist zuzugeden, daß sich die deutsche Regierung nach der Ablehnung unseres letzten Angebotes in London in einer überaus misslichen Lage befindet. Die Vertreter der feindlichen Staaten hatten abgelehnt, was Herr Dr. Simons glaubte, aufrichtigstenfalls bieten zu können. Ihre strikte Forderung, daß Deutschland die Pariser Ziffern schluden sollte, schien nicht ganz ernst gemeint, denn Lloyd George selber hatte ja als Sprecher der Entente nach deutschen Gegenanschlägen gestagt. Er hat auch Herrn Simons nicht mit der strikten Erklärung verabschiedet, zu Hause für die Annahme der Pariser Beschlüsse zu wirken oder aber nie wieder zu kommen. In Gegenteil suchte man aus seinen Schlachworten zu folgern, daß gerade infolge der Intraffierung der sogenannten Sanktionen, die Entente neue Gegenanschläge erwarte.

Für Deutschland ergab sich darauf die neue schwierige Frage, welche Vorschläge überhaupt Aussicht hätten, von der Entente akzeptiert oder doch wenigstens diskutiert zu werden. Eine erneute Ablehnung schloß große Gefahren in sich, und sie mußte schließlich auch innerpolitisch verheerend wirken. Der deutsche Außenminister Dr. Simons hat darum offenbar geglaubt, daß der Weg einer Vermittelung die meisten Aussichten dafür bietet, sich nicht erneut offene Ablehnungen zuzuziehen. Man kann dem Minister auch zugeben, daß der Versuch Amerikas; direkte Informationen von Deutschland zu erhalten, zum mindesten die Hoffnung erschließen müßte, daß die Vereinigten Staaten eine Vermittlerrolle nicht ablehnen würden. Schließlich handelt es sich ja in diesem Falle nicht um die Vermittlung eines Neutralen, sondern eines Beteiligten. Amerika hat den Alliierten insgesamt 12 Milliarden Dollar geliehen, wofür Frankreich auf seinen Teil noch nicht einmal die Zinsen zu zahlen vermag. Die Annahme, daß es einer Vermittelung nicht abgeneigt sein könnte, ist also keineswegs abwegig. Aber die große Frage war von vornherein die, ob das bis zum iranischen empfindliche Frankreich sich auf eine Vermittelung einlassen würde. Ans will scheinen, als ob man im Auswärtigen Amt diese Vorfrage nicht ganz klar erwogen hat. Nun sind offenbar Vermittelungsvorschläge an die Union ergangen. Da wir mit ihr immer noch formell im Kriegszustande leben, hat man sich für diese Vermittelung wiederum eines Vermittlers bedient. Es ist kein Geheimnis mehr, daß die Vorschläge über den Vatikan nach Washington ergangen sind und wenn man in Rom eine Vermittlerrolle bestreitet, so nur darum, weil man diese Gefährlichkeit lediglich als Briefträgerrolle aufseheht wissen möchte. In Frankreich hat sich aus dieser ganzen Frage Herr Briand einen hohen Erfolg zurecht gezimmert, indem er sich patetisch gegen jede Vermittelung erklärte. Es ist nur natürlich, daß daraus im amerikanischen Senat jetzt gleichfalls Stimmen laut werden, die gegen jede Vermittlungstätigkeit der Washingtoner Regierung gerichtet sind. Wenn die Pariser Presse meldet, daß Deutschland auch versucht habe, andere Staaten mit Vermittleraufgaben zu betrauen, wie beispielsweise die Tschechoslowakei, so ist das wohl in dieser Form unrichtig. Es ist gewiß nicht ausgeschlossen, daß man hier und da, bei Ländern, die in ihrer Wirtschaft an Deutschlands Wohlstand unmittelbar interessiert sind, um eine Unterstützung der deutschen Vermittlungsversuche bemüht gewesen ist, aber um direkte Erklärungen, ihrerseits eine Vermittelung zu unternehmen, wird es sich dabei kaum gehandelt haben.

Nach Paris hat sich auch London für direkte Verhandlungen ausgesprochen, wobei man leider noch feststellen muß, daß Herr Briand, um vor seinem Volk national bestehen zu können, solche direkte Verhandlungen erst unter festen "Bürgschaften" führen will. Deutschland kann Frankreich nicht hindern, gewaltsam aufzutreten, das könnten höchstens seine Alliierten. Ob sie es tun, ist in hohem Maße ungewiß. Aber es scheint doch, daß Deutschland, um seinem unerbittlichen Feinde jeden Schein des Rechts bei seinen Gewalttaten zu nehmen, den Weg des direkten Angebotes beschreiten muß. Es ist heute müßig, darüber Betrachtungen anzustellen, ob der Gedanke an eine Vermittelung nicht überhaupt verfehlt war. In jedem Falle aber scheint er durch die Entwidlung der Dinge überholt zu sein. Deutschland tut jedenfalls gut daran, die harten Tatsachen so zu sehen, wie sie beschaffen sind.

Die Beisetzung der Kaiserin

Die letzte Fahrt durch Deutschland.

Auf der Fahrt durch Deutschland hatte der Zug, der die tote Kaiserin heimbrachte, infolge Maschinenschwachs im Bielefeld einen etwa halbtägigen Aufenthalt. Die Kriegervereine aus Stadt und Land hatten Abordnungen entsandt, die mit denen anderer nationaler Vereine, Roter Kreuz und Vaterländischer Frauenvereine mit ihren Fahnen aus dem Bahnhöfen aufstellten genommen hatten. Als der Zug in die Halle lief, senkten sich die Fahnen, und die Trauergemeinde entblöhen ihre Häupter. Am Sarge wurden zahlreiche Kränze niedergelegt. Auch in Hannover wurden während eines kurzen Aufenthalts Kränzchen von Privatpersonen der verbliebenen Kaiserin gewidmet. Als der Zug in Braunschweig eintraf, erscholl das Gelächter der Gloden des Domes sowie das der nahen Johannisstraße und des Marienplatzes, das andauernd, bis der Zug den Bahnhof wieder verlassen hatte.

Die Ankunft in Wildpore.

Der Zug, der den Leichnam der verewigten Kaiserin in die Heimat brachte, fuhr genau zur festgesetzten Zeit, 10 Uhr 45 Minuten abends, langsam in die Halle ein. Zuvor waren Prinz August Wilhelm sowie Prinz und Prinzessin Eitel Friedrich auf der Fürstenstation Wildpore eingetroffen. Der Sonderwagen, in dem sich der Sarg befand, hielt unmittelbar vor dem Portal des Bahnhofs, das von Lorbeerbäumen und Palmen flankiert und mit umflorten Kränzen und Girlanden geschmückt war.

Dem Salonwagen des Hofzuges entstieg als erster Prinz Oskar, der seine Geschwister ernst begrüßte. Dann bestiegen Prinz und Prinzessin Eitel Friedrich, die Prinzen August Wilhelm und Oskar den Zug, um am Sarge ihrer Mutter im Gebet zu verweilen. Nachdem die Fürstlichkeiten den Bahnhof verlassen hatten, übernahmen Offiziere der Pasa-walkter Kürassiere die Ehrenwache an der Leiche. Der Sarg verblieb die Nacht über im Zuge.

Der Trauerzug.

Am Dienstag früh kurz nach 9 Uhr fuhr der Leichenwagen vor, bespannt mit vier mit violetten Blüschbeden behangenen Rappen; auf den Decken befand sich das Hauswappen der Hohenzollern mit der königlichen Krone. Die Pferde waren mit Kopfschutz aus weißen und schwarzen Straußenfedern geziert. Der mit rotem Plüsch beschlagene Sarg, wurde von Offizieren der beiden Regimenter der verstorbenen Kaiserin, dem Pasa-walkter Kürassier-Regiment und dem Infanterie-Regiment „Königin“, nach dem Leichenwagen gesetzt. Dann wurde er auf den königlichen Leichenwagen geladung und mit einem violetten Tuch bedekt, das auf allen Seiten das Wappen der Hohenzollern zeigte.

Vorweg schritt mit dem Oberhofprediger Dr. v. Drey-ender an der Spitze die Geistlichkeit von Potsdam. Dann folgten die Offiziere der Regimenter der Kaiserin. Unmittelbar vor dem Leichenwagen wurde das Regiment mit den preußischen Orden der Kaiserin getragen, hinter dem Leichenwagen ein Aranz Marschall-Nil-Kojev, der letzte Graf des Kaisers und des Kronprinzen an die Galin und Mutter. Hinter dem Sarge schritt Prinz Eitel Friedrich und neben ihm die Kronprinzessin. Dann folgten die Prinzen Adalbert, Oskar und August Wilhelm, denen sich die anderen Fürstlichkeiten der regierenden Häuser anschloßen. An der Spitze der nicht den regierenden Häusern angehörenden Trauergäste schritten

Generalfeldmarschall Hindenburg

mit General Ludendorff und Großadmiral v. Tirpitz. Die Generale v. Gallwitz, v. Heeringen, v. Klud, v. Madonsen und viele andere Heerführer des letzten Krieges folgten dahinter. Darauf kam wieder eine Abordnung der Geistlichkeit, der sich in langen Zügen die Hofbeamten und Beamten der Ministerien anschloßen. In langsamem Schritt, ohne jede Trauermusik bewegte sich der Zug vorwärts. Die Fahnen der vielen Vereine senkten sich zum letzten Mal, alle entblöhen die Häupter, und in stummem Schweigen wurde die Kaiserin auf ihrer letzten Fahrt von den vielen Tausenden begrüßt, die ihr zu Ehren nach Potsdam gekommen waren.

Insgesamt waren etwa 47 000 Abgeordnete von allerlei Körperchaften erschienen, die Späßer bildeten.

Hinter ihnen staute sich die Menge in 8—10 glockigen Reihen, so daß nicht Zehntausende, sondern

Hunderttausende Deutsche

ihre tote Kaiserin das letzte Geleit gaben.

Die Beisetzung.

Vor dem Zugang zum Mausoleum hatte sich eine Ehrenwache der Kaiserin von Offizieren in Uniform eingefunden. Sobald die Leiche im Tempel aufgebahrt war, betraten die Kronprinzessin, die Prinzen und die anderen Fürstlichkeiten das Innere des Tempels, denen einige der nächsten Angehörigen und der im Zuge befindlichen Seerführer folgten. Während der Feier im Mausoleum wehte über dem Sarge die gelbe Kaiserfahne. Oberhofprediger Dr. v. Dreyender und Hofprediger Dr. Vogel nahmen die Einkleidung vor. Die Feier wurde mit dem Choral „Ich weiß, daß mein Erlöser lebt“ eröffnet; dazu wurde im Sopran gesungen der Choral „Christus, der ist mein Leben“. Darauf stimmte die Gemeinde den Choral an: „Jesus, meine Zuversicht“. Ein kurzes Gebet und eine kleine Rede des Oberhofpredigers folgten und nach dem Segen schloß der Domchor die Feier mit dem Choral: „Es ist ein Ruhetag vorhanden, da uns Gott wird lösen“.

Eine neue Besprechung unserer Gegner

London, 19. 4. Lloyd George erklärte gestern im Unterhaus, daß die Alliierten noch im April eine neue Konferenz abhalten würden.

London, 19. 4. Amlich wird bestätigt, daß demnächst ein Meinungsaustausch zwischen Lloyd George und Briand stattfinden wird, um die interalliierte Konferenz vorzubereiten, auf der gemeinsam mit Italien und Belgien die Haltung der Alliierten Deutschland gegenüber bestimmt werden wird.

Paris, 18. 4. Die „Agence Havas“ meldet aus Döber: Aus Hölhe wird berichtet, daß Briand und Lloyd George wahrscheinlich am 23. April in Lympe (einem kleinen Ort westlich von Hölhe) zusammenkommen werden.

Lloyd George hat einen neuen Vorschlag.

London, 19. 4. Die Blätter melden, daß Lloyd George einen neuen Vorschlag den Vertretern in der Wiedergutmachungskommission vorlegen werde.

England brennt auf Verhandlungen.

London, 18. 4. Neuer meldet: In amtlichen britischen Kreisen ist nichts bekannt über eine bevorstehende Aktion Deutschlands im Hinblick auf seine Verpflichtungen am 1. Mai. Angebote über eine geplante Vermittelung sind der britischen Regierung nicht mitgeteilt worden. Wenn Deutschland ein vernünftiges Angebot vorbrachte, bestünde keine Notwendigkeit für eine Vermittelung. Ein solches Angebot müßte unmittelbar zwischen Deutschland und den Alliierten erdört werden, und Deutschland müßte den ersten Schritt tun. Eine neue Besprechung der Verbündeten werde sobald wie möglich nach dem 1. Mai notwendig sein. Die englische Regierung habe keinerlei Mittelungen über die Absicht der Vereinigten Staaten, sich wieder in Wiedergutmachungsausschuss vertreten zu lassen, erhalten.

Teuerungszulagen sind steuerpflichtig

Das W. L. W. verbreitet folgende amtliche Auslösung zu dieser verwickelten Steuerabfrage: In Nr. 106 der „Vollzeit“ wurde in einem von Dr. Karger geschriebenen Artikel über die Einkommensteuer-Berantragung geagt, daß die im ersten Vierteljahr 1920 gezahlten Teuerungszulagen der Beamten von Einkommen abgezogen werden könnten. Am Irrtümer nach dieser Richtung vorzubringen, erklärt das Reichsfinanzministerium, daß diese Ansicht falsch ist. Nach dem Erlaß des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 22. November 1920 II. Nr. 29282 ist die Steuerpflicht der Teuerungszulagen der Beamten für die Monate Januar bis März 1920 festgelegt worden, denn das preußische Gesetz vom 30. Mai 1907 stellt diese Zulagen nur frei von der preussischen Landes- und Gemeindecinkommensteuer. Die Teuerungszulagen der Beamten sind in den früheren süddeutschen Einkommensteuergesetzen (Bavern, Württemberg, Baden usw.) bisher schon einkommensteuerpflichtig. Die demnach steuerpflichtigen Teuerungszulagen der Beamten sind als „unter sonstiger Benennung gewährte Bezüge und geldwerte Vorteile der im öffentlichen Dienst angestellten oder beschäftigten Personen“ im Sinne von § 9 anzusehen und bei Abgabe der Einkommensteuer-Erklärung zu berücksichtigen. Auch ist durch Erlaß vom 15. November 1920 II. Nr. 29133 die Steuerpflicht der Wirtschaftsbeteiligten und Entschuldungszulagen entschieden worden.